



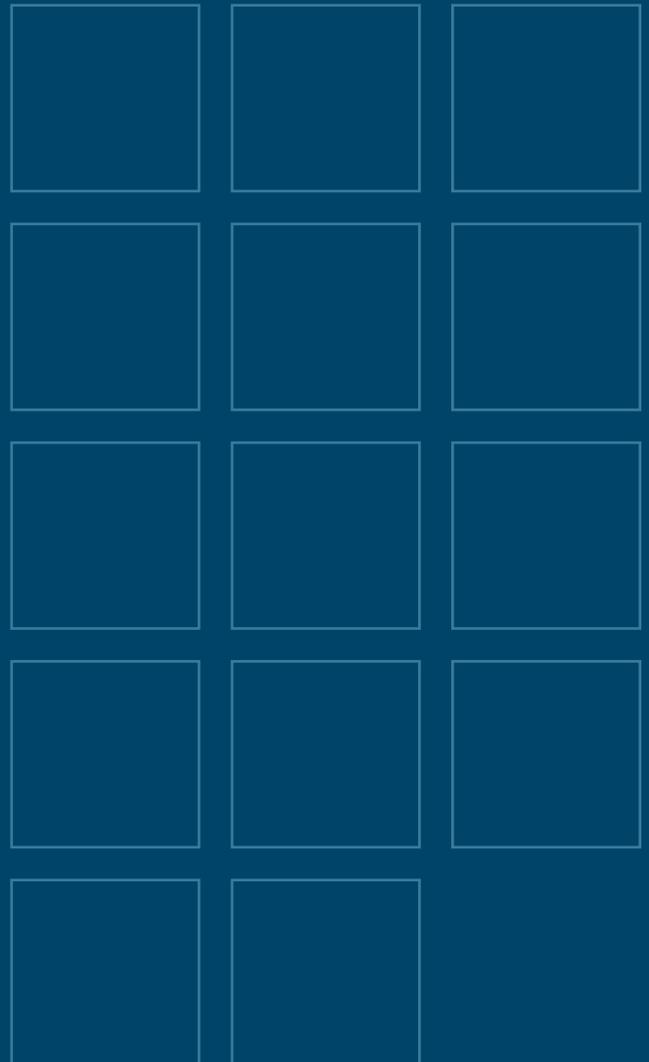
Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

ExWoSt-Informationen 31/1

Quartiers-Impulse

Neue Wege zur Stärkung
der lokalen Wirtschaft

Ein ExWoSt-Forschungsfeld



Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) ist ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und wird betreut vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Auftakt

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,

Ich freue mich, Ihnen die erste Ausgabe der ExWoSt-Informationen zum neuen Forschungsfeld „Quartiers-Impulse: Neue Wege zur Stärkung der lokalen Wirtschaft“ vorlegen zu können. Mit den ExWoSt-Informationen möchten BBR und Projektgruppe Entscheidungsträger, Praktiker in den Verwaltungen, private Planer und Berater, aber auch Wissenschaftler – kurz alle diejenigen, die sich im Arbeitsalltag mit Fragen der Stadtentwicklung und der lokalen Wirtschaftsförderung befassen – prägnant über Inhalte und Fortschritte im Forschungsfeld „Quartiers-Impulse“ informieren.

Was verbirgt sich hinter unserem Versuch, Impulse für die Quartiersentwicklung zu geben? Die Förderung der lokalen Wirtschaft ist in Kreisen der kommunalen Wirtschaftsförderung, aber auch in den Zirkeln der Stadtentwicklung momentan beinahe in aller Munde. Die Vielfalt der Maßnahmen vor Ort entspricht dabei auch der Vielfalt des Verständnisses von lokaler Ökonomie. Übereinstimmung herrscht in Praxis und Wissenschaft im Wesentlichen darin, dass es kaum empirische Belege für wirksame und tragfähige Ansätze zur Stärkung der lokalen Wirtschaft gibt.

Wir gehen daher einen klaren Weg, auf dem wir drei Experimentier-Linien ausgewählt haben:

- gezielte Förderung und Herausbildung von lokalen Unternehmens-Clustern,
- aktive Einbindung von Unternehmen mit „standortgebundenem“ ökonomischem Interesse in die

Quartiers-Entwicklung (Corporate Community Involvement),

- Erprobung von Mikrokrediten als Instrument der Quartiers-Entwicklung.

Diese drei Linien werden in insgesamt acht Modellvorhaben zwischen Oktober 2006 und Dezember 2008 erprobt und nicht zuletzt mit Blick auf die Unterstützungsmöglichkeiten evaluiert, die der Bund geben kann und soll.

Zur professionellen Umsetzung dieser vor Ort weiterentwickelten Ideen stellt das BBR den Modellvorhaben Experten zur Verfügung, die in den Quartieren für die Verwaltung und für lokale Unternehmen jeweils umsetzungsorientierte Beratungs- und weitergehende Dienstleistungen erbringen. Für die ersten beiden Experimentier-Linien übernimmt diese Aufgabe die STATTwerke GmbH. Für den Bereich der Mikrokredite ist das Deutsche Mikrofinanz Institut e.V. beratend aktiv. Die Bewertung der Fortschritte und Erfolge innerhalb dieser gut 2-jährigen Experimentier-Phase übernimmt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung.

Das Forschungsfeld „Quartiers-Impulse“ bewegt sich natürlich im unmittelbaren Umfeld der politischen und pragmatischen Aktivitäten rund um die „Soziale Stadt“, bei der das Ziel „Stärkung der lokalen Wirtschaft“ mittlerweile ganz oben steht. Gleichwohl konzentrieren wir uns nicht allein auf Programmgebiete der „Sozialen Stadt“. Das auch, um bei der Umsetzung der drei Experimentier-Linien auf neue Akteure und Ideen treffen zu können. Wir werden sehen, ob sich diese Erwartungen erfüllen.

Unser Bemühen, Quartiers-Impulse zu geben, fügt sich aktuell in zwei weitere Themenschwerpunkte des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung ein: Im nationalen Kontext wird die Skizze einer nationalen Stadtentwicklungspolitik konkreter, auch hier wird es u.a. um die Verknüpfung wirtschaftlicher Ansätze mit den Anliegen der Stadtentwicklung gehen. Auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 wird im Bereich „Stadtentwicklung“ enge Bezüge zur Stärkung der lokalen Wirtschaft aufweisen. Wir werden Sie im Jahre 2007 daher auch über internationale Erfahrungen auf dem Gebiet der Stärkung der lokalen Wirtschaft gerade in weniger prosperierenden Stadtteilen und Quartieren informieren.

Neben den neuesten Entwicklungen aus dem Projekt soll jede Ausgabe der ExWoSt-Informationen auch einen Impuls von außen beinhalten. Für das erste Heft konnten wir Christian Huttenloher vom Brüsseler Büro des Deutschen Verbandes gewinnen, der seine europäische Sicht zum Thema skizziert.

Ich hoffe, wir treffen auch mit unseren Informationen zu den Quartiers-Impulsen Ihr Interesse und können Ihnen die eine oder andere wertvolle Anregung bieten.

Ihr



Dr. Peter Jakubowski

Ausgabe
31/1 – 11/2006

- 02 **Vorwort**
- 04 **Quartiers-Impulse:
Unser neuer Ansatz**
- 04 **Stärkung der lokalen Wirtschaft –
Warum eine dritte Säule für die
Stadtentwicklungspolitik?**
- 07 **Unternehmens-Cluster fördern –
Synergien nutzen –
lokale Wirtschaft stärken**
- 09 **Mikrofinanzierung als neues
Instrument der Stadtentwicklung**
- 11 **Mikrofinanz vor Ort**
- 11 **„stattbank pankow“ –
lokale Potenziale nutzen**
- 13 **NORDHAND – ein Mikrofinanz-
modell für die Dortmunder
Nordstadt**
- 15 **Ostpol-Kredit – Maßgeschneiderte
Mikrofinanzierung für Offenbach**
- 17 **Forschung**
- 17 **Quartiers-Impulse –
auch für die Forschung**
- 20 **Impuls**
- 20 **Europäische Erfahrungen mit
lokaler Wirtschaftsförderung
in benachteiligten Stadtteilen**
- 23 **Ex Libris**
- 24 **Impressum**

Eine dritte Säule für die Stadtentwicklung

Stärkung der lokalen Wirtschaft – Warum eine dritte Säule für die Stadtentwicklungspolitik?

Stadt im Wandel – Rahmenbedingungen

Gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Wandel vollzieht sich schon immer zuerst und am intensivsten in den Städten. Mehr als 75% der Bevölkerung des Bundesgebietes leben in Städten, fast die Hälfte davon in Mittel- und Kleinstädten. Gut 47% aller abhängig Beschäftigten haben ihren Arbeitsplatz in einer Mittel- oder Kleinstadt, etwas mehr als 38% in einer Großstadt. In den Städten wird die Wertschöpfung erzielt, die ein Land im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig macht. Darüber hinaus sind in den Städten in erheblichem Umfang Immobilien- und Sachwerte akkumuliert. Das betrifft zum einen die öffentliche Infrastruktur, zum anderen aber natürlich auch private Immobilienwerte. Die ökonomische Bedeutung vitaler und prosperierender Städte ist unumstritten.

Der wirtschaftliche und demographische Strukturwandel führen zu erheblichen Veränderungen bei Bevölkerung und Arbeitsplätzen, bei Kauf- und Realsteuerkraft. Bevölkerungsrückgänge werden – zumindest teils räumlich – gravierende Nachfragerückgänge mit sich bringen. Gehen Wirtschaftswachstum und Wohlstand an einigen Teilgebieten vorbei, konzentrieren sich dort negative Symptome wie bauliche Leerstände, fehlende Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen bis hin zu Vandalismus und Kriminalität. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass sozialräumlich konzentrierte wirtschaftliche Problemlagen nicht mit herkömmlichen Instrumenten der Wirtschaftspolitik allein zu überwinden sind.

Arbeitsmarkt und „neue Selbständigkeit“ prägen auch die Nachbarschaft

Wie die Auswertungen von Mikrozensus und Bundesagentur für Arbeit verdeutlichen, verändern sich die sozialen und kulturellen Muster von Selbständigkeit. Arbeitslose, Frauen, Personen mit Migrationshintergrund, Nebenerwerbs- und Kleinstgründungen sowie Mikrounternehmen (1-5 Beschäftigte) stellen einen wachsenden Anteil an den Selbständigen dar. Eine „kleine“ Existenzgründung oder ein Mikrounternehmen ist für zunehmend mehr Menschen die einzige Möglichkeit, Einkommen und soziale Einbeziehung zu realisieren.

Diese Verschiebungen auf den Arbeitsmärkten ziehen nicht nur allzu oft räumlich konzentrierte Arbeitslosigkeit nach sich. Kleinstgründungen, oft auch aus der Arbeitslosigkeit her-



Die lokale Wirtschaft braucht Ideen und Kapital

darf, der nicht mit dem für die herkömmlichen KMU vergleichbar ist.

Gerade Kleinstunternehmen mit ihren Dienstleistungs- und Produktideen sind oftmals zunächst von der lokalen Nachfrage aus der Nachbarschaft abhängig, um erste, wirtschaftlich tragfähige Schritte tun zu können. Fragen nach Wettbewerbern oder Marktpotenzialen werden häufig erst in späteren Unternehmensphasen aufgeworfen und hinterfragt. Was in der Regel zunächst zählt, ist das Vor-



Kleine Unternehmen stärken das Quartier

aus, bieten für Unternehmer und Quartiere aber natürlich auch Chancen. Dienstleistungen, Handwerk und kleine spezialisierte Technikanbieter können eine lokale wirtschaftliche Basis schaffen.

In dieser Gründungsszenarie entsteht in der Regel ein spezifischer Beratungs- aber auch Finanzierungsbe-

handensein familiärer und nachbarschaftlicher Netzwerke, die ganz pragmatisch Unterstützung liefern. Häufig finden Kleinstunternehmen in der Gründungsphase durchaus ausreichende finanzielle Unterstützung durch Hilfen der Arbeitsagenturen. Schwieriger stellt sich die Finanzierung sehr oft in der Nachgründungs-

phase dar, wenn z.B. Auftragsvorfinanzierungen anstehen, die dann nicht mehr förderfähig bzw. nicht schnell und flexibel genug verfügbar sind.

Bestimmend für die „neue“ Selbständigkeit ist neben den Chancen aber auch das große Risiko, zu scheitern. Dies hat unmittelbar negative Auswirkungen auf die Menschen selbst, aber auch auf die jeweilige Nachbarschaft.

Neue Formen wirtschaftlicher Selbständigkeit prägen das Zusammenleben in Stadtquartieren, ihre Vitalität. Sinkende Abhängigkeiten der Quartiers-Anwohner von Sozialtransfers wirken nachhaltig stabilisierend auf die Nachbarschaft und steigern die Attraktivität des Quartiers, was im besten Falle auch die private Neigung zu Investitionen in den kleinräumigen Standort erhöht.

Überall, wo es gelingt, die lokale Wirtschaft zu unterstützen, Kleinunternehmen zu stabilisieren, können die Weichen für eine nachhaltige, sich u.U. auch wieder selbst tragende Entwicklung im Quartier gestellt werden. Diese Entwicklung anzustoßen und Stadt-Quartiere zu unterstützen, ist auch eine Aufgabe der Stadtentwicklungspolitik in Deutschland.

Städtebaupolitik im Wandel

Die Anfang der 70er Jahre als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden eingeführte Städtebaupolitik verfolgte von Beginn an auch soziale, eher indirekt auch wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Ziele. Öffentliche Finanzhilfen sollten vor allem private Bauinvestitionen anregen und so die Voraussetzung für die Ansiedlung einkommensstärkerer

Einwohner und neuer Betriebe schaffen. Ohne Zweifel haben diese Investitionen dazu beigetragen, die Rahmenbedingungen der innerstädtischen Wohn- und Unternehmensstandorte zu verbessern. Die städtebauliche Erneuerung erwies sich oft als Grundlage für eine wirtschaftliche Reaktivierung vieler Standorte.

Im Laufe der Zeit stellte sich aber heraus, dass eine Verbesserung der städtebaulich-infrastrukturellen Rahmenbedingungen allein nicht im erwarteten Umfang zur Entstehung neuer wirtschaftlicher Aktivität an problematischen Standorten führt. Dies zeigte sich auch sehr deutlich in der britischen Stadterneuerungspolitik der 80er Jahre, die einen besonderen Schwerpunkt auf die städtebauliche Sanierung altindustrieller Flächen und Hafengebiete und die Gewährung besonderer Ansiedlungsanreize in innerstädtischen Unternehmenszonen legte. Dadurch erhoffte man



Anknüpfungspunkte gibt es genug – im Großen wie im Kleinen

sich die Entstehung eines innovativen Gefüges neuer Unternehmen auf ehemals altindustriell genutzten Flächen. Die Erfahrung zeigt, dass es zwar gelang, an den geförderten Standorten die Voraussetzungen für neue private Investitionen zu schaffen. Die erhoffte Anschubwirkung auf die lokale Ökonomie innerstädtischer Problemgebiete, z.B. in Form neuer Arbeitsplätze oder Versorgungsangebote für Innenstadtbewohner, blieb aber oftmals aus.

So werden seit den 80er und 90er Jahren erstmals auch *nicht-investive Ansätze* der Wirtschaftsförderung im Rahmen stadtteilorientierter Erneuerungsprogramme gefördert, z.B. die Beratung und Vernetzung ansässiger Unternehmen, die Gründungsförderung und die Anwerbung neuer Unternehmen. Bislang fehlt es aber an Erfahrungswerten darüber, welche Impulse mit verhältnismäßig geringem Mitteleinsatz dazu beitragen können, die Voraussetzungen für die Prosperität städtischer Gebiete zu verbessern bzw. (wieder-)herzustellen.

Während mit der Städtebauförderung und dem Bund-Länder-Programm „Die Soziale Stadt“ mit z.T. beachtlichen Erfolgen die baulichen, aber auch die sozialen Ziele der Stadtentwicklung verfolgt wurden, sind sich die Mehrheit der Akteure momentan darüber einig, dass wir sichtbare Anstrengungen unternehmen müssen, nun eine dritte Säule „Lokale Wirtschaft“ für eine auch ökonomisch tragfähige und somit nachhaltige Stadtentwicklung aufzubauen. Das Thema ist nicht ganz neu, wie die Zielkataloge in den verschiedenen Programmen der Sozialen Stadt zeigen, in

denen die Stärkung der lokalen Wirtschaft oft an erster Stelle steht. Gleichwohl liegen kaum verlässliche Analysen und Ansätze vor, wie die lokale Wirtschaft konkret gestärkt werden kann.

Wie könnte die dritte Säule moderner Stadtentwicklungspolitik aussehen?

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung will daher – in Ergänzung zu Rechtsetzung und Förderung – die Tragfähigkeit einer dritten Säule für die Stadtentwicklungspolitik testen: Ein Konzept zur Stärkung der lokalen Wirtschaft, das Eigeninitiative mobilisieren möchte und neue Instrumente zur Förderung von lokalen Unternehmen im Blick hat. Quartiersimpulse sollen zum einen vom Engagement privater Unternehmen ausgehen. Zum anderen werden Kleinunternehmen durch neue Finanzinstrumente und Wirtschaftsstrategien für das Quartier als integrativer Faktor der Quartiersentwicklung aufgewertet. Importe und Abhängigkeiten des Quartiers sollen reduziert und Konzepte und Ideen erarbeitet werden, die Exporte über die Quartiersgrenzen hinweg ermöglichen. Hierzu ist es erforderlich, dass über neue, verantwortungsbewusste und kraftvolle Kooperationen zwischen Stadt und Wirtschaft eine zukunftsfähige Stadtentwicklungspolitik entwickelt wird. Neue Rollen müssen erkannt und auf ihre Tragfähigkeit geprüft werden. Die private Wirtschaft kommt ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nach, indem sie aus wohlverstandener Eigeninteresse Ressourcen und Know-how zur Stärkung von Stadtquartieren einbringt –

Wirtschaft klinkt sich verstärkt in die Angelegenheiten der Stadt ein. Zugleich muss sich die öffentliche Hand neu aufstellen, weil sie in ihrer Organisations- und Planungspraxis privatwirtschaftliche Initiativen und Konzepte ernst- und aufnehmen muss. Das bedeutet auch, dass Stadtentwicklungspolitik heute vielleicht mehr denn je eine Gemeinschaftsaufgabe ist, die von privaten Unternehmen, den Bürgerinnen und Bürgern und der öffentlichen Hand gemeinsam zu schultern ist. Die Herausforderung liegt heute darin, die neuen Rollen zu erkennen, anzunehmen und adäquate Handlungsanreize zu setzen.

Der Staat zeichnet längst nicht mehr allein für jedes Angebot betriebswirtschaftlich vordergründig unrentabler Maßnahmen verantwortlich. Die öffentliche Hand muss aber ihrer Verantwortung insofern nachkommen, als sie ihre Handlungs- und Reaktionsfähigkeit belegt (responsibility = to be able to respond), in dem sie es schafft – neben der weiterhin notwendigen direkten Förderung – intelligente, anreizorientierte Rahmenbedingungen zur Stärkung der lokalen Wirtschaft auch in sozial benachteiligten Stadtquartieren zu setzen.

Aus heutiger Sicht sind Lösungsansätze zur Stärkung der lokalen Wirtschaft ebenso vielfältig wie deren Erfolge von den Detailbedingungen vor Ort abhängig sind. Erste Aufbereitungen guter Beispiele aus der EU zeigen dies beredt. Gleichwohl erscheint es sinnvoll, sich mit Blick auf gezielt zu entwickelnde oder zu optimierende Förderinstrumente des Bundes und der Länder anhand von Modellvorhaben auf wenige Instrumente zu kon-

zentrieren. In den insgesamt 8 Modellvorhaben des Forschungsfeldes „Quartiers-Impulse“ konzentrieren wir uns auf

- kleinräumige Cluster,
- privatwirtschaftliches Engagement (CSR für die Stadtentwicklung) und
- Mikrokredite als neues Instrument für die Stadtentwicklung.

Die Cluster-Idee

Unternehmens-Cluster fördern – Synergien nutzen – lokale Wirtschaft stärken

Unternehmens-Cluster erzeugen regionale wirtschaftliche Wachstumsimpulse

Neuere Erkenntnisse in der Regionalökonomie zeigen, dass nicht alleine die Ansiedelung eines Großunternehmens per se in besonderem Maße zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt. Vielmehr sind es auch die endogenen Wachstumsprozesse aus einem Netzwerk von innovativen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die an einem Standort eine überdurchschnittlich dynamische wirtschaftliche Entwicklung durch die Nutzung von Synergien entfalten und so wirtschaftliche Potenziale herausbilden, sowie nachhaltig zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Dies geschieht durch Unternehmenskooperationen und die vielfältigen Möglichkeiten von neuen Liefer- und Zulieferbeziehungen, die sich aufgrund von Unternehmens-Clustern – standortbezogenen Bündelungen von in einer Wertschöpfungskette miteinander verbundenen Wirtschaftseinheiten – ergeben können. Die beteiligten Unternehmen stehen dabei einerseits in Konkurrenz, wie sie andererseits die Möglichkeiten der Zusammenarbeit nutzen, um relative Wettbewerbsvorteile zu gewinnen (M. Porter). Nicht alleine die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital bilden heute die wesentliche Grundlage für standortspezifische wirtschaftliche Entwicklungsprozesse, es sind vielmehr die technologischen und wissensbasierten Faktoren einer ökonomischen Verflechtung untereinander, die hier entscheidende Wachstumsimpulse auslösen (*agglomeration economies* – P. Krugman).

Zur Unterstützung des anhaltenden wirtschaftlichen Strukturwandels, insbesondere in monostrukturellen und altindustriellen Regionen, wird heute dieser regionalökonomische Ansatz im Zuge von wirtschaftsfördernden und -entwickelnden Maßnahmen aufgegriffen. Dabei kommt etwa den Technologie- und Gründerzentren, die in den traditionellen Industriegebieten eingerichtet werden, erfahrungsgemäß eine entscheidende Rolle als „Entwicklungsmotor“ zu. So können die wirtschaftlichen Stärken aus einem Netzwerk von KMU gestärkt und die Potenziale des vorhandenen Humankapitals entwickelt werden. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang auch die Netzwerkbildung mit Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung.

Die Herausbildung regionaltypischer modernisierter Unternehmens-Cluster bzw. Wirtschaftsstrukturen führt in diesem Zuge zu einer Stärkung und Schärfung des wirtschaftlichen Profils der Regionen bzw. der Stadtbezirke selbst (*urban distinctiveness* – R. Stein).

Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf

Aufgrund des anhaltenden Strukturwandels in der Wirtschaft haben sich manche Stadtteile in den vergangenen Jahrzehnten sozial und ökonomisch von der Gesamtentwicklung der Stadt abgekoppelt. Wir sind heute in manchen Quartieren mit einer Entwicklung konfrontiert, die in ökonomischer Hinsicht den Anforderungen der Stadt von Morgen nicht mehr gewachsen ist. Strategien zur Förderung der Lokalen Ökonomie müssen im Weiteren aus den heute sichtbaren

Tendenzen einer sich veränderten Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, generell wie insbesondere in den Quartieren selbst, abgeleitet werden:

- Sowohl der Einzelhandel wie das Konsumverhalten haben sich in den letzten Jahren grundlegend geändert: Einkaufs- und Shoppingparadiese sind auf der Grünen Wiese oder in City-Lagen entstanden. Discounter und Handelsketten beherrschen im Zuge dieser Entwicklung zunehmend die Handelsmärkte. Ergebnis ist eine Verflachung der Angebotsvielfalt in bestimmten Stadtteilen und eine Angebotsstruktur auf niedrigem Niveau oder Gewerbeleerstand in einzelnen Ladenzonen.
- Aufgrund zunehmender Konzentrations- und Agglomerationsprozesse in der Wirtschaft wie durch den damit einhergehenden Niedergang industrieller Arbeitsplätze fand eine Reduzierung und Ausdünnung handwerklicher wie industrieller Kapazitäten mit besonders ungünstiger Wirkung auf einzelne Stadtquartiere statt.
- Weiterhin ist eine zunehmende Konzentration und Zuwanderung verschiedener Ethnien, damit einhergehend der Fort- und Wegzug sozial- und bildungsorientierter Bevölkerungsgruppen, in bestimmten Stadtteilen zu beobachten, in denen wiederum markante soziale Nachteile aufgrund von Bildungsdefiziten und defizitären Einkommensstrukturen eintreten.
- Die Folge ist eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in bestimmten Stadtquartieren. Für die dortige

Bevölkerung sind Transferleistungen die Grundlage vieler (reduzierter) Haushaltseinkommen. All diese Entwicklungen haben signifikante Auswirkungen sowohl auf die Angebots- wie die Nachfragestruktur in den problembelasteten Stadtteilen.

Ökonomische Standortprofilierung auf lokaler Ebene

Zur Entwicklung der ökonomischen Basis der betroffenen Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf sollten die Erkenntnisse der Regionalökonomie genutzt und ihre Anwendbarkeit auch auf kleinräumiger Ebene erprobt werden. Die endogenen wirtschaftlichen Potenziale aus einem Branchen-Cluster oder Unternehmens-Cluster vor Ort können dazu aufgegriffen werden, um wiederum die Quartiere und deren lokale Ökonomie zu fördern und zu stärken. Dazu ist erforderlich, durch eine wirtschaftsfördernde Entwicklung von Unternehmensnetzwerken vor Ort bzw. von ortsansässigen KMU zur Belebung der Standortökonomie und zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen beizutragen bzw. Impulse zu geben. Erfahrungsgemäß benötigen gerade Klein- und Kleinstunternehmen eine wirtschaftsfördernde Unterstützung, um ihre Synergiepotenziale – Vernetzung, Stärkung der Import- und Exportfunktionen aus und in den Stadtteil sowie der Liefer- und Zulieferbeziehungen – erkennen und nutzen zu können.

Insbesondere auch größere Unternehmen im Umfeld der Klein- und Kleinstunternehmens-Cluster im Quartier, mit ihrem vielfältigen Zulieferbedarf (und wenn es der Bedarf des

Mittagstisches oder des Caterings ist), können hier Impulsgeber für eine lokale Verdichtung der Unternehmensvernetzung sein. Auch etwa im Handel ist eine Stärkung von Unternehmens-Clustern und Unternehmensnetzwerken möglich. Über ein verdichtetes Netzwerk von ortsansässigen Handelsbetrieben – auch im Sinne „die Konkurrenz belebt das Geschäft“ – lässt sich eine gemeinsame Standortprofilierung herstellen, wodurch eine Nachfrage über die Stadtteilgrenzen hinaus induziert werden kann. Die Erfahrung mit der Clusterpolitik auf regionaler Ebene zeigt jedoch, dass durch Förderprogramme keine völlig neuen Branchenschwerpunkte „erzeugt“ werden können. Somit kann und sollte der Staat nicht versuchen, das Standortverhalten von Unternehmen zu „steuern“. Eine lokal orientierte Förderpolitik kann aber eine Entwicklung unterstützen, in der die vorhandenen ökonomischen Potenziale zur Stabilisierung und Revitalisierung der Stadtquartiere eingesetzt werden.

Aus den vorgenannten Entwicklungen bzw. aus den sich veränderten Standortbedingungen in den Stadtquartieren ergeben sich konkrete Handlungsfelder. Dazu lassen sich die Strategien der Regionalökonomie bzw. der Clusterbildung heranziehen.

Standortprofilierung (Imageaufwertung)

Es muss ein Stadtteil- und Geschäftsstraßenmarketing zielgerichtet auf die Generierung zusätzlicher Im- und Exporte des Quartiers vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Bevölkerungs- und Sozialstruktur, aber auch zur Wiederherstellung der Iden-

tifikation mit dem Wohnumfeld entwickelt werden. Die Nachfragepotenziale benachbarter starker Stadtteile können dazu genutzt werden. Allerdings bedarf es intensiver Vorüberlegungen, um Besonderheiten eines Quartiers zu identifizieren.

Leerstandsmanagement

Durch ein aktives Leerstandsmanagement mit Zwischennutzungen kann in Kooperation mit den Haus- und Grundeigentümern im Quartier (Business Improvement Districts) einer Ausdünnung als Merkmal von Drop-Down-Tendenzen entgegengewirkt werden. Auch geht es um eine aktive Unterstützung des Strukturwandels durch eine gezielte Ansiedelung in den leergezogenen Gewerbeflächen.

Existenzgründung

So können vakante Gewerbeeinheiten aktiv mit gewerblichen Strukturen gefüllt werden, die einen hohen Stadtteilbezug haben und damit direkt zu einer Stärkung der Lokalen Ökonomie und des Stadtteils beitragen. In diesem Zusammenhang zeigt die Initiierung von „Gründer-Inkubatoren“ für lokal orientierte Dienstleistungs- und Handelsbetriebe erfahrungsgemäß eine hohe Wirkung. Diese lokalen Gründeretagen werden durch ein gezieltes Betreuungs- und Beratungsangebot, begleitet durch die Quartiersorganisation, gestärkt und idealerweise von einer lokal agierenden Bank unterstützt. Erfahrungsgemäß wirken kleine Gründeretagen stärker in den Stadtteil hinein als größere. Jedoch stehen einer Gründung an problematischen Standorten oftmals ökonomische Barrieren (geringe Kaufkraft, Finanzierungsprobleme) im Wege.

Mikro- finanzierung

Mikrofinanzierung als neues Instrument der Stadtentwicklung

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Zur Entfaltung von wirtschaftlichen Aktivitäten ist der Zugang zu Finanzen von grundlegender Bedeutung. Leider ist dieser Zugang nicht für alle Marktsegmente, Zielgruppen und Regionen gleichermaßen gewährleistet. Was ist die Ursache dafür? Ursprünglich bestand eine starke Verflechtung von Sparkassen und Banken mit ihren Regionen und Einwohnern – Kreditentscheidungen wurden auf der Grundlage von persönlicher Wertschätzung und Vertrauen getroffen.

Inzwischen wurde der Personalkredit durch das automatisierte „Scoring“-Verfahren abgelöst, mit dem KreditnehmerInnen anhand vielfältiger Kriterien in anonymisierter Form nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit benotet werden. Darüber hinaus orientieren sich die Banken bei der Strukturierung ihrer Geschäftsfelder stärker als früher an rein renditeorientierten Überlegungen. Die Folge ist, dass Kleinstkredite für unkonventionelle Geschäftsideen besonders schwierig zu bekommen sind und – wenn überhaupt – nur noch über Sparkassen und Genossenschaftsbanken vergeben werden.

Entwicklung von Mikrofinanzierung in anderen Industrieländern

Die extremste Form rigider Geschäftspolitik wurde in den 70er Jahren in USA unter dem Schlagwort „Redlining“ bekannt. Rückentwickelte, arme Stadtteile oder ländliche Gebiete wurden von Banken „rot markiert“, wodurch den Bewohnern der Kreditzugang auf Grundlage einer regionalen Bewertung (Scorings) systematisch verschlossen wurde. Diese

Abschottung vom Zugang zu Finanzmitteln für Wohneigentum, Ausbildung, Existenzgründung oder Mikrounternehmen verstärkte als Folge die Bildung von Ghettos und Notstandsgebieten.

Als Antwort auf diese dramatische Entwicklung wurde von staatlicher Seite und Stiftungen damit begonnen, in stärkerem Maße Stadtteilgruppen zu fördern sowie die gesetzlichen und strukturellen Rahmenbedingungen für Selbsthilfeaktivitäten auf lokaler Ebene zu verbessern. Inzwischen haben sich diese lokalen Selbsthilfe-Initiativen zu stabilen Interessens- und Entwicklungsgesellschaften ihrer Kommunen etabliert. Neben der Verbesserung von heruntergewirtschafteter Infrastruktur, (Wieder)Belebung der lokalen Entwicklung durch Beschäftigungsprogramme sowie die Förderung von Kleingewerbe (Micro-business), sind diese „Nichtbanken“ auch für die Vergabe von Kleinstkrediten (Micro Loans) zuständig. Mikrofinanzierung hat gezeigt, dass sie durch die Mobilisierung von lokalen Ressourcen einen wirkungsvollen Beitrag zur (Re)Vitalisierung städtischer Gebiete leistet. Sie gilt daher als „Hilfe zur Selbsthilfe“ und wird als Instrument *zwischen* Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik eingeordnet.

Aufbauen kann dieser Ansatz auf ein gesellschaftliches Selbstverständnis, dass sehr stark auf eine „individuelle Verantwortlichkeit“ zur Verbesserung der eigenen Arbeits- und Lebensverhältnisse orientiert und dementsprechende Anreize bietet. Gleichzeitig ist in den USA die Kultur des „Give Back“ sehr ausgeprägt, in der sich der Einzelne dazu verpflichtet sieht, der Gesellschaft „etwas zurück-

zugeben“. Neben finanziellen Beiträgen von Unternehmen oder Stiftungen, können dies auch persönliche Hilfeleistungen wie z.B. Beratung und Mentoring sein. Die amerikanischen Banken mussten zwar zunächst durch staatliche Steuermechanismen zu einer gerechteren Verteilung von Kapital und Krediten gezwungen werden, aber mittlerweile bringen auch sie sich in lokale Kooperationsverbände z.B. mit Risikokapitalfonds ein und zeigen, dass sie durchaus in der Lage sind, regionales Verantwortungsbewusstsein zu entwickeln.

In Europa wird Mikrofinanzierung – z.B. in Frankreich und Großbritannien – seit den 1980er Jahren als Zielgruppenförderung u.a. für Arbeitslose und arbeitslose junge Menschen umgesetzt. Als Instrument der lokalen Entwicklung hat Mikrofinanzierung seit dem Jahr 2000 auf Initiative des britischen Finanzministers Gordon Brown erheblich an Bedeutung gewonnen. Über den Aufbau von „Community Development Finance Institutions“ (CDFI) wurde die systematische Entwicklung des Mikrofinanzsektors eingeleitet. Die operative Umsetzung wird durch die Dachorganisation „Community Development Finance Agency“ (CDFA) gewährleistet, welche beim organisatorischen Aufbau von lokalen Mikrofinanzorganisationen unterstützt, die Entwicklung von Mikrofinanz-Produkten, Methoden und Instrumenten fördert und für den zentralen Risikokapitalfonds „Phoenix Fund“ ein Benchmarking durchführt. Damit wurde auf europäischer Ebene das bisher weitestgehende Unterstützungssystem für die Mikrokreditvergabe geschaffen.

Das Mikrofinanz-Konzept des Deutschen Mikrofinanz Instituts

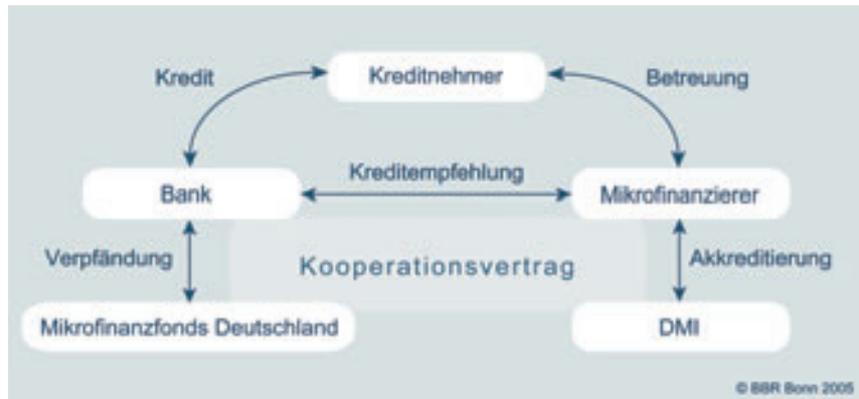
Nach Einschätzung einschlägiger ExpertInnen ist der Zugang zu Kleinst- und Kleinkrediten auch in Deutschland noch nicht hinreichend gegeben. Inspiriert vom britischen CDFI-Modell haben sich daher im April 2004 rund 50 Akteure aus verschiedenen Bereichen der Gründungs- und Unternehmensunterstützung zum Deutschen Mikrofinanz Institut (DMI) zusammengeschlossen. Kernidee ist eine Neugestaltung des Kreditzugs und der Kreditprozesse:

- Finanztechnik (DMI, Mikrofinanzfonds, kreditausreichende Bank),
- Kreditberatung und -betreuung (lokale Mikrofinanzierer).

Anknüpfend an informelle Quartierskooperationen kann das Bankgeschäft mit nachfragegerechten Produkten über eine Einbindung des Mikrofinanzierers in die Stadtteil- oder Quartierskooperation zu einem Element neuer Kooperationsformen in der Stadtentwicklung werden.

Das Kooperationsmodell des DMI (die Entwicklung des Modells verantwortet Falk Zientz, DMI-Geschäftsführer, falk.zientz@mikrofinanz.net) erhält seinen besonderen Charme dadurch, dass es die hochkomplexe Finanztechnik bereitstellt, aber die häufig schon komplexe Kooperation im Quartier nicht zusätzlich belastet. Über die Schnittstelle Mikrofinanzierer wird ein effizientes Bindeglied zwischen Quartier und Bank eingeführt.

Der Gesamtansatz zur Organisation der Mikrofinanzierung des Deutschen Mikrofinanz Instituts kann in sieben Schritte gegliedert werden:



Das Kooperationsmodell des Deutschen Mikrofinanz Instituts

Quelle: Deutsches Mikrofinanz Institut

1. Ein Mikrofinanzierer wird vom DMI geprüft und akkreditiert und ist dadurch antragsberechtigt beim Mikrofinanzfonds Deutschland
2. Kooperationsvertrag:
Der Mikrofinanzierer stellt einen Antrag beispielsweise über 100.000 Euro für die Kreditvergabe innerhalb eines Jahres.
Der Mikrofinanzierer stellt selbst Risikokapital für den Fonds bereit und beteiligt sich hierdurch erheblich am Ausfallrisiko.
Nach der Prüfung und Bewilligung wird hierüber zwischen Mikrofinanzierer, DMI, Fonds und Bank ein Kooperationsvertrag abgeschlossen.
Der Fonds stellt der Bank eine Guthabenverpfändung in Höhe von 100.000 Euro zur Verfügung.
3. Der Mikrofinanzierer analysiert einen Kreditantrag und gibt
4. eine Kreditempfehlung ab.
5. Die Bank schließt einen standardisierten Kreditvertrag ab (Mengeschäft).
6. Der Mikrofinanzierer nimmt die Kreditbetreuung auf. Hierzu gehören die Rückzahlungskontrolle, ggf. auch Krisenintervention sowie Schadensverfolgung und Sicherheitenverwertung.
7. Der Fonds muss eventuelle Kreditausfälle tragen und erhält aus den Zinserträgen der Bank einen Risiko-Ausgleich.

Mikrofinanzierung als Prozess der Vergabe von Mikrokrediten definiert sich aber nicht nur über Produkte wie Gründungs-, Auftrags- und Wachstumsfinanzierungen, sondern beinhaltet auch besondere Vergabemethoden (u.a. Stufenkredite, werthaltige Referenzen, Sicherheiten mit asymmetrischer Wertschätzung, Kreditmonitoring). Diese sollen nicht nur zu einem unbürokratischen Zugang zu Kleinkrediten beitragen, sondern es soll auch eine hohe Rückzahlungsquote sichergestellt werden. Weiterhin ist beabsichtigt, dass sich KundInnen durch Stufenkredite schrittweise eine Kreditbiographie aufbauen.

stattbank pankow – lokale Potenziale nutzen

Projekträger:
Bezirksamt Pankow
Abteilung Kultur, Wirtschaft und öffentliche Ordnung
Fröbelstrasse 17
10405 Berlin
Frau Andrea Gärtner
Tel.: 0 30-9 02 95-63 06
E-Mail: andrea.gaertner@ba-pankow.verwalt-berlin.de

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Der Bezirk Pankow ist der bevölkerungsreichste (354.000 Einwohner) und zweitgrößte Bezirk Berlins mit einem großen Potenzial für weitere Gewerbeansiedlungen. Eine Anzahl von Modellprojekten zur Beschäftigungsförderung sowie zur Entwicklung und Stärkung der lokalen Ökonomie durch integrative Handlungsansätze hat das Bezirksamt bereits mit verschiedenen Partnerorganisationen in den vergangenen Jahren erfolgreich durchgeführt. Auf diese Erfahrungen kann das ExWoSt-Modellvorhaben nun aufbauen. Im Kern haben sich aus den bisherigen praktischen Erfahrungen zwei zentrale Erkenntnisse herausgebildet:

- Der Bezirk setzt in seiner Strategie vor allem auf die Stärkung des vorhandenen Potenzials. Dies setzt sich in den urbanen Quartieren zu meist aus einer Vielzahl von Klein- und Kleinstunternehmen sowie Gründerinnen und Gründern zusammen. Sie prägen das Bild und die Attraktivität der Quartiere im Bezirk, und sie sind – auch wenn ihre unternehmerische Zielstellung in erster Linie auf die Sicherung der eigenen Erwerbstätigkeit gerichtet ist – als Arbeit- und Impulsgeber für die Quartiere von essentieller Bedeutung.
- Die Förderung von lokaler Ökonomie und Bestandssicherung von KMU im Bezirk bedeutet insbesondere, die Rahmenbedingungen für das vorhandene Potenzial an lokalen Wirtschaftsakteuren (Gründungspersonen sowie kleine und Kleinstunternehmen) so zu gestalten,



Lokale Ökonomie in Pankow

ten, dass das wirtschaftliche Handeln bezüglich der Umsetzung von Stabilisierungs- und Wachstumsstrategien im Quartier angetrieben und somit verstärkt wird.

Um die Innovationsfähigkeit bei der Entwicklung von Strategien zur Stärkung der lokalen Ökonomie zu beleben, setzt die Abteilung Kultur, Wirtschaft und öffentliche Ordnung des Bezirksamtes auf eine Intensivierung von Kooperationsbeziehungen zwischen unterschiedlichen Akteuren wie lokalen Gründungsberatern, Unternehmensverbänden, innovativen wie auch traditionellen Finanzinstitutionen und Gewerbetreibenden. In diesen Prozess sollen auch (erfolgreiche) Unternehmen eingebunden werden, die ein eigenes vitales Interesse an der Entwicklung des Quartiers und seiner Ökonomie haben. Neben der Entwicklung von gemeinsamen Strategien zur Stabilisierung der lokalen Auftragssituation, werden auch neue Formen der Unterstützung und Finanzierung von GründerInnen und Kleinstunternehmen entwickelt sowie Know-how für die Entwicklung von Projektvorhaben bereitgestellt. Ziel ist es, langfristig einen Mikrokreditfonds für den Bezirk zu entwickeln und

dafür im Projektverlauf die Voraussetzungen zu schaffen bzw. Möglichkeiten und entsprechende Nachfrage zu prüfen.

Standort des Modellvorhabens

Das Modellgebiet des Bezirksamtes Pankow umfasst als Kulisse insgesamt sieben Sanierungsgebiete inklusive zwei Fördergebiete des Bundesprogramms „Soziale Stadt“. Mit dieser Gebietsauswahl werden die urbanen Quartiere in den Ortsteilen Pankow, Weißensee und Prenzlauer Berg einbezogen, die nachweisbare Potenziale als Standorte für weitere Gewerbeansiedlung besitzen und eine hohe Akteursdichte aufweisen. Für das Mikro-



Lokale Ökonomie in Pankow

finanz-Modellvorhaben wird ein bereits existierendes Service- und Beratungs-Büro für Wirtschaft und Beschäftigung im Quartier mitgenutzt. Die Durchführungsverantwortung hierfür übernimmt das Berliner Beratungsunternehmen iq consult, das u.a. akkreditierter DMI-Mikrofinanzierer ist.

**Das Modellvorhaben:
„stattbank pankow“ –
lokale Potenziale nutzen!**

Das geplante Modellvorhaben ist integraler Bestandteil eines Gesamtkonzeptes zur Förderung der lokalen Wirtschaft im Bezirk Pankow. Die Schaffung und die Verbesserung von Zugängen zu Mikrofinanzierungsmöglichkeiten für Kleinst- und Kleinunternehmen unter Einbeziehung der lokalen Stärken ist das vorrangige Ziel:

- Entwicklungsphase – Aufbau der Kooperationsbeziehungen zum Gründungs- und Unternehmensnetzwerk Pankow, Schaffung eines einfachen Zugangs zu Mikrofinanzierung für ExistenzgründerInnen sowie Kleinst- und Kleinunternehmen auf lokaler Ebene,
- Entwicklungsphase – Entwicklung und Ausbau von Kooperationsbeziehungen zur Berliner Volksbank und anderen Kreditinstitutionen,
- Implementierungsphase – Aufbau eines Office der „stattbank pankow“. Sensibilisierung und Aktivierung für Mikrofinanzierungen auf der lokalen und institutionellen Ebene (private und öffentliche AkteurInnen),
- Implementierungsphase – Kooperation mit Förderinstitutionen und Aktivierung privaten Engagements. Entwicklung eines lokalen Mikrokreditfonds für den Bezirk (neue Instrumente und Kooperationsformen) und bessere Abstimmung mit regulären Bankprodukten sowie Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsinstrumenten für GründerInnen und Mikrounternehmen (z.B. Beratung und Zuschüsse).

Instrumente (Fördermittel) und Akteure des bezirklichen Bündnisses für Wirtschaft und Arbeit mit lokalen Partnern und privatem Engagement zu verknüpfen, ist das anspruchsvolle Anliegen des Modellvorhabens. Ein wichtiger Erfolgsfaktor zur Sicherung eines tragfähigen Leistungsangebotes ist die Einbindung von erfolgreichen quartiersnahen Unternehmen bzw. Konzernfilialen. Hier muss deutlich gemacht werden, dass eine Stärkung lokaler Entwicklungsprozesse letztlich auch im Interesse dieser Unternehmen liegen kann. In diesem Prozess kommt den VertreterInnen des Bezirksamtes und der Projektleitung *iq consult* eine Vermittlungsrolle zu.

Die Bausteine zur Etablierung eines Mikrokreditfonds „stattbank pankow“ sind:

- Schaffung eines Vor-Ort-Büros „stattbank pankow“ durch Mitnutzung in einem bereits etablierten Beratungsbüro im Quartier als Informationsstelle zu Förderinstitutionen, Finanzierungsfragen und Finanzierungsmöglichkeiten,
- Unterstützung der Netzwerkbildung zwischen den lokalen Wirtschaftsakteuren sowie Ausbau der Kontakte zu regionalen Förderinstitutionen,
- Verbreitung von Informationen über Website, Newsletter und Informationsbroschüren,
- Integration von Mikrofinanzierung in bestehende Beratungsangebote und Einbindung von weiteren lokalen Beraterinnen und Berater in das lokale Kooperationsmodell für

DMI-Mikrokredite (bis 15.000 Euro),

- Entwicklung und Ausbau von Kooperationsbeziehungen zum regulären Bankensystem (z.B. Berliner Volksbank) und öffentlichen Finanzierungsinstitutionen (z.B. Landesförder- und Bürgschaftsbank) hinsichtlich einer gemeinsamen Abstimmung von bestehenden Angeboten und spezifischen Interessen in Bezug auf Stadtteiling und Entwicklung von alternativen Kredit- und Besicherungsformen,
- Verzahnung von Mikrofinanzierung mit öffentlichen Unterstützungsangeboten (Coaching/Monitoring), Aktivierung von privatem Engagement für Begleitmaßnahmen (Business Mentoring) und Verknüpfung mit anderen Modellprojekten (Business Angels Modell für Kleinstgründungen),
- Aufbau eines lokalen Mikrofinanz-Kompetenznetzwerkes mit Wirtschaftsakteuren aus dem Quartier – u.a. zur gemeinsamen Entwicklung spezifischer Produkte und Angebote (u.a. neue Sicherungstools und unternehmerische Kooperationsformen) über die Einrichtung von Fokusgruppen (qualitative Methode aus der Marktforschung über die Auswertung von Gruppendiskussionen),
- Akquisition von Unterstützung (privates Engagement, Sponsoring-Angebote und PPP-Modelle).

NORDHAND – Mikrofinanz- modell für die Dortmunder Nordstadt

Projekträger:
Stadt Dortmund
Wirtschaftsförderung
Töllnerstraße 9-11
44135 Dortmund
Herr Hubert Nagusch
Tel.: 02 31-28 67 39-16
E-Mail: hubert.nagusch@stadtdo.de

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Gesucht: Mikrofinanzierung mit solidarischem Elementen als Instrument für lokale Unternehmen mit kurzfristigem, kleinem Kapitalbedarf – In der einstigen Montanstadt Dortmund liegt ein großes Arbeiterviertel, die Dortmunder Nordstadt. Das dichtbesiedelte Quartier war früher eingefasst von Stahlwerken und Zechen – die gibt es heute dort nicht mehr. Dieser Weggang hat hier seine Spuren hinterlassen. Migration und Segregation prägen die Nordstadt:

- Eine hohe Arbeitslosigkeit, ganz besonders bei jungen Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund (mehr als 30%),
- ein hohes Armutsniveau,
- ein niedriges Bildungsniveau und eine hohe Quote von Schulabbrechern,
- eine fehlende soziale Durchmischung der Bevölkerung,
- städtebauliche Mängel
- als auch das traditionell schlechte Image des Bezirks.

Diese Faktoren stellen erhebliche Risiken für die Stadtentwicklung dar.

Gleichzeitig weist der Stadtteil aufgrund seiner Lage (z.B. Hafenanbindung) einen hohen Gewerbebestand auf. Ca. 3.500 Unternehmen betätigen sich in den Branchen Einzelhandel, Dienstleistungen, Gastronomie, Handwerk und in handwerksähnlichen Berufen. 900 bis 1.000 Unternehmen werden durch MigrantInnen geführt, diese Unternehmen haben vorwiegend eine Betriebsgröße von 1 bis 5 MitarbeiterInnen.



*Nüsse, Kerne, Müsli und viel mehr:
Das „Muskara“ in der Nordstadt*

Standort des Modellvorhabens

Die Dortmunder Nordstadt ist einer von zwölf deutschen Standorten der europäischen Gemeinschaftsinitiative URBAN II, welches hier seit 2000 sehr erfolgreich arbeitet. Die Ziele des Programmschwerpunktes „lokale Ökonomie“ werden u.a. von dem URBAN II-Projekt „Standortsicherung und Entwicklung von Betrieben“ (SEB) verfolgt. Auf die bisherigen Erfolge von URBAN II, z.B. ein aktiver UnternehmerInnenkreis FUNDo oder ein Unternehmens- und Gründungswettbewerb NORDSTERN, kann das geplante Mikrofinanzprojekt zielgerecht aufbauen. Im Rahmen des Mikrofinanz-Vorhabens wird ein entsprechend zweckorientierter Verein – NORDHAND e.V. – gegründet, der in der Nordstadt eine eigene Geschäftsstelle errichtet.

Das Modellvorhaben:

„NORDHAND“ – Ein Mikrofinanzmodell für die Dortmunder Innenstadt

Durch die Zusammenarbeit mit den Gewerbetreibenden im Rahmen der EU-Initiative URBAN-II konnten viele Informationen über die Problemlagen

von Kleinst- und Kleinunternehmen gewonnen werden. Chronische Liquiditätsprobleme stellen z.B. für eine hohe Zahl von Nordstadtbetrieben eine permanente Herausforderung dar. Obwohl die Kreditwünsche bei Zwischenfinanzierungen mit 2.000–10.000 Euro eher als niedrig einzuordnen sind, reicht die Eigenkapitaldecke oder die Kontokorrent-Kreditlinie oftmals zur Deckung nicht aus. Auch kann oft die für einen Hausbank-Kredit notwendige konservativ bewertete Sicherheitsleistung nicht erbracht werden.

Darüber hinaus wurden vielfältige Ursachen und Argumente für die Zurückhaltung der Hausbanken bei der Kreditgewährung ausgemacht. Fehlende Bonität aufgrund von „Schufa“-Eintragungen, Negativranking der



*Dortmunder Nordstadt-Facetten:
Der historische Borsigplatz*

Branche oder fehlende Zugehörigkeit zur Kernzielgruppe der Bank sowie öffentlicher Kreditprogramme sind nur einige Beispiele. Auf der anderen Seite entsprechen die bankenüblichen Beantragungsaufwendungen und Entscheidungszeiträume nicht den „Betriebswelten“ und dem Bedarf der Nordstadtunternehmen. Schneller und einfacher Zugang zu kleinen

Überbrückungsdarlehen ist gefragt. Darüber hinaus vermissen viele Unternehmen häufig Transparenz hinsichtlich des Zustandekommens der Bankenentscheidungen und ausreichende Beratung bei der Antragstellung, so dass sie den Ansprüchen häufig nicht genügen.

Der Mangelindikator „Unterfinanzierung“ wird von den Dortmunder URBAN-Akteuren sehr ernst genommen. Unter Einbeziehung von Machbarkeitsstudien durch (internationale) Mikrofinanzexperten wurden Aktivitäten gestartet, um selbst ein passendes Mikrofinanzmodell für die lokale Ökonomie auf die Beine zu stellen.

Die Bestandssicherung von Unternehmen im Stadtteil soll nicht einziges Ziel von NORDHAND sein. Durch den jährlichen lokalen Unternehmens- und Existenzgründungswettbewerb NORDSTERN ist deutlich geworden, dass viele Ideen mangels „Gelegenheit“ oder aufgrund des zeitraubenden Tagesgeschäfts nie zur Marktreife entwickelt werden. Hier sieht NORDHAND ebenfalls Handlungsbedarf und Nutzungspotenzial für das Mikrofinanzmodell.

Das geplante Mikrofinanz-Modellvorhaben ist sehr anspruchsvoll und muss im Prozess entwickelt werden. Wesentliches Element wird sein, dass die Kernakteure des Modellvorhabens beim Aufbau einer solidarischen lokalen Wertegemeinschaft vertrauensvoll miteinander kooperieren und eine größtmögliche Rückzahlungsquote erreicht wird. Als notwendige Grundlage hierfür konnte durch die bisherige fruchtbare Zusammenarbeit im Rahmen von URBAN II ein gegenseitiger Vertrauensvorschuss

aufgebaut werden. NORDHAND sieht sich in Bezug auf das beschriebene Mikrofinanzmodell zum jetzigen Zeitpunkt als Pilotvorhaben – sieht aber ebenso gute Chancen für andere bundesdeutsche Stadtviertel mit ähnlichen Rahmenbedingungen, Mikrofinanzierungsinstrumente in der lokalen Ökonomie erfolgreich zu etablieren.

„NORDHAND“ – ein solidarisches Mikrofinanzmodell für die lokale Ökonomie

Zentrales und innovatives Element von „NORDHAND“ ist die sich selbst finanzierende „Unternehmerkasse“ als Wertegemeinschaft. Die Unternehmerkasse wird durch Ansparguthaben von Unternehmen aus der Dortmunder Nordstadt gebildet. Unternehmen, die sich an der Entwicklung und Nutzung eines solidarischen Mikrofinanz-Modells für die lokale Ökonomie beteiligen wollen, werden anhand von festgelegten Kriterien einem sorgfältigen Auswahlverfahren unterzogen. Unternehmen, die darüber hinaus ein NORDHAND-Darlehen in Anspruch nehmen wollen, müssen zuvor mind. 6 Monate lang Ansparleistungen erbracht haben. Der Ansporgedanke (Höhe der Ansparquote wird selbst bestimmt) wird mit dem Zuverlässigkeitsfaktor verknüpft (Kreditmultiplikator und Laufzeit). Über diesen Weg soll eine lokale Garantiegruppe aufgebaut werden, die auf wachsendem gegenseitigen Vertrauen basiert.

Die „Unternehmerkasse“ ist der Garantiefond NORDHAND e.V. und kann gegenüber einer Bank zur Absicherung von Kreditausfällen eingesetzt werden. Der Fond übernimmt darüber hinaus die Vorbereitung und Begleitung der Kredite und gibt gegenüber der Bank Vergabeempfehlungen ab (siehe auch DMI-Kooperationsmodell). Auf dieser Basis wird es möglich, Kreditkonditionen und -prozesse sowie die Unterstützung so zu organisieren, dass sie dem ermittelten Bedarf der lokalen Wirtschaftsakteure entsprechen.

Im Rahmen des Modellvorhabens ist eine Akkreditierung von NORDHAND als DMI-Mikrofinanzierer vorgesehen. DMI-Mikrofinanzierer können Zugang zum bundesweiten „Mikrofinanz Fonds Deutschland“ erhalten. Der Mikrofinanzfond Deutschland trägt 80% des Ausfallrisikos, wenn der Mikrofinanzierer 20 % aufbringt. Hierdurch wird die „Unternehmerkasse“

Ostpol-Kredit – Maßgeschneiderte Mikro- finanzierung für Offenbach

Projekträger:
Stadt Offenbach am Main
Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Europaangelegenheiten
Berliner Str. 100
63012 Offenbach am Main
Herr Dr. Matthias Schulze-Böing
Tel: 0 69-80 65-28 66, -3164
E-Mail: schulze-boeing@offenbach.de

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Die Stadt Offenbach am Main ist in den letzten 30 Jahren in mehrerer Hinsicht stark vom wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel betroffen. Die vormals prägenden Industriebranchen Leder, Metallindustrie, Elektroindustrie, Maschinenbau verloren einen erheblichen Teil ihrer Beschäftigten. Zugleich blieb die Dynamik im Dienstleistungssektor nur verhalten, so dass per saldo ein bedeutender Rückgang der Beschäftigung um über 20% in der Zeit zwischen 1970 und heute erfolgte.

Ein weiteres Strukturmerkmal der Stadt ist der sehr deutlich über dem Durchschnitt liegende Anteil nicht-deutscher Einwohner, der mit einem Anteil von 30% zu den höchsten deutscher Städte gehört. Unter anderem in Folge des in weiten Bereichen noch nicht bewältigten Strukturwandels weist Offenbach mit knapp 14% eine deutlich überdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf.

Die sozialen Probleme der Stadt konzentrieren sich bis auf einige Ausnahmen auf die Quartiere der Innensadt, wo etwa ein Drittel der Bevölkerung lebt. Der Ausländeranteil liegt hier bei knapp 50%, die Arbeitslosigkeit bei etwa 20% und der Anteil der Sozialhilfeempfänger bei rd. 14%.

Durch bedeutende Infrastrukturmaßnahmen sowie baulich gestalterische Maßnahmen und eine Reihe von ebenfalls bedeutenden privaten Investitionen konnten der Innensadt in den letzten Jahren erkennbare Entwicklungsimpulse verliehen werden, ohne allerdings die strukturellen Probleme in sozialer Hinsicht bisher wesentlich verringern zu können.

Standort des Modellvorhabens

Zur städtebaulichen Aufwertung und zur wirtschaftlich-kulturellen Belebung der östlichen Innenstadt möchte das „Kreativ- und Gründerzentrum Ostpol“ beitragen. Der Ostpol

- ist ein Anziehungspunkt für kreative und potenzialstarke Köpfe aus Offenbach, Frankfurt und dem Umland;
- vereint Universität, Gründerzentrum, Kreativität und Business;
- ist die fokale Einheit der „Gründer-szene“;
- bietet für Kleinunternehmer/innen
 - Büros und Ateliers,
 - Netzwerke und Service,
 - Beratung und Training,
 - Workshops und Events,
 - Kapital und Kontakte.

Der Gebäudekomplex wird die Qualität des Straßenzuges nachhaltig erhöhen und Ausgangspunkt für eine Niveauanhebung im Quartier insgesamt sein.

Das Modellvorhaben – Warum ein „Ostpol Kredit“?

Die Finanzierung kleiner Unternehmen oder auch von Gründungsvorhaben ist in Deutschland nach wie vor ein großes Problem. Dies gilt vor allem für Personengruppen aus wirtschaftlich schwierigen Kontexten, wie sie in der östlichen Innenstadt von Offenbach einen großen Anteil an der Bevölkerung stellen. Sehr oft sind Eigenkapital oder bankübliche Sicherheit nicht vorhanden. Die Klientel gilt als „nicht bankfähig“. Kleine Einnahmeerwartungen bei Kleinkrediten, verbunden mit einem hohen Prozess-

risiko bei Störungen im Rückzahlungsverlauf, lassen dieses Marktsegment darüber hinaus unwirtschaftlich erscheinen.

Für Kleinstgründungen und Mikrounternehmen hat die KfW-Mittelstandsbank zwar im Jahr 2005 ein neues Produkt am Markt platziert, dieses löst aber nicht die grundlegenden Probleme der Kreditgewährung durch die Hausbanken, über die das Kreditprogramm vertrieben wird.

Aus der Erkenntnis, dass nicht neue Produkte, sondern neue Vergabeprozesse notwendig sind, um die Finanzierung auch kleiner Vorhaben möglich zu machen, engagierte sich die KIZ – Zentrale für Existenzgründung seit rund 5 Jahren in Mikrofinanz-Modellprojekten und ist seit ca. einem Jahr mit ihrer Kreditorganisation „KIZ Mikrofinanz“ akkreditierter Mikrofinanzierer beim DMI. Die bisherigen Erfahrungen in diesem Bereich, die vornehmlich auf der Unterstützung von Zielgruppen beruhen, sollen gezielter als bisher in die lokale Entwicklung eingebracht werden.

Mikrofinanzierung versteht sich als „customized banking“ – Produkte und Prozesse nah am Kunden. Für die differenziert zusammengesetzte Zielgruppe der Wirtschaftsakteure aus dem Quartier werden daher auf Basis von Markterkundungen und Kundenbefragungen neue Methoden, Instrumente und Kooperationen mit lokalen Banken, Wirtschaftsförder-Einrichtungen und Quartiersentwicklern kreiert und angewendet.

Die einzelnen Ziele des Modellvorhabens „Ostpol Kredit“ sind:

1. Ein Mikrofinanz-Produkt zu entwickeln, das von der Zielgruppe „klei-

ne Unternehmen“ als einfach und schnell zugänglich eingeschätzt und dementsprechend gut angenommen wird. Dabei sollen international erfolgreiche Microlending-Methoden und -Instrumente mit einbezogen werden, die das wirtschaftliche Risiko im Falle eines Scheiterns für Darlehensgeber und Darlehensnehmer überschaubar halten (z.B. Stufenkredite). Hierzu gehört ebenfalls eine enge Verzahnung von Beratung und Finanzierung, da sich Kleinunternehmen mit betriebswirtschaftlichen Fragen gerne an ihren Kreditgeber wenden.

2. Ein Marketingkonzept für Mikrofinanzierung zu entwickeln, das die wirtschaftlich aktiven Akteure des Quartiers angemessen über das innovative Produkt informiert – und den „Ostpol Kredit“ auch für diejenigen interessant erscheinen lässt, die vielleicht schon einmal schlechte Erfahrungen mit dem regulären Bankensektor gemacht haben. Dies ist besonders wichtig, weil es noch ungewöhnlich ist, Geld für sein Geschäft auch über eine Nicht-Bank zu erhalten.
3. Die einzelnen Elemente und Abläufe des Kreditvergabeprozesses möglichst effizient und damit kostengünstig zu gestalten, um in Zukunft eine wirtschaftliche Tragfähigkeit zu erreichen.
4. Aus den Erfahrungen und Erkenntnissen des ExWoSt-Modellvorhabens ein multiplikationsfähiges Konzept zu entwickeln, das von interessierten Dritten für ähnliche Vorhaben im Rahmen von Stadt-

entwicklungspolitik übernommen werden kann.

Regionale Verankerung

Offenbach hat gerade in den letzten Jahren eine Stärke herausgebildet, die den Erfolg dieses Vorhabens begünstigen wird: Es besteht ein stabiles Netzwerk der regionalen Akteure. So wird der Ostpol getragen von der Stadt Offenbach, der KIZ Zentrale für Existenzgründung Offenbach, der Gemeinnützigen Baugesellschaft Offenbach mbH (GBO), der Hochschule für Gestaltung (HfG), dem Deutschen Mikrofinanzinstitut (DMI), der GLS Gemeinschaftsbank und der Sparkasse Offenbach. Alle diese Akteure haben bereits eine lange Praxis der gemeinsamen Zusammenarbeit, so dass jede Institution seine spezifische Kompetenz und Stärke in die Entwicklungsarbeit einbringen kann.

Forschung

Quartiers-Impulse – auch für die Forschung

Ein neues Förderkonzept der Städtebaupolitik

Das Forschungsfeld „Quartiers-Impulse“ erprobt neue Ansätze der lokal orientierten Wirtschaftsentwicklung, indem es ausgewählte Strategien der regionalen Wirtschaftsförderung auf die lokale Ebene der Quartiere und Stadtteile überträgt. Mit der lokalen Wirtschaftsentwicklung etabliert sich nun ein Förderziel, das in der Städtebaupolitik von Beginn an indirekt mit verfolgt wurde. Gezielte Maßnahmen zur Entwicklung des Unternehmensbestands, zur Gründungsförderung oder zur Unternehmensakquise waren jedoch nicht Teil dieser Förderpolitik. Das in den ersten Abschnitten dieses Hefts erläuterte Förderkonzept „Quartiers-Impulse“ leitet sich aus dem Forschungsstand in den Regionalwissenschaften und ersten Erfahrungen mit Maßnahmen zur Förderung der lokalen Ökonomie ab, die im Rahmen von Stadterneuerungsprogrammen wie URBAN, der Sozialen Stadt sowie in nationalen Förderprogrammen anderer Staaten (z.B. Großbritannien) durchgeführt wurden.

Impulse für den Lernprozess

Um die internationale wissenschaftliche Diskussion sowie den Stand der Ergebnisse aus Evaluationsstudien zeitnah zu erfassen, ist der Aufbau einer laufend aktualisierten Forschungsfeld-Dokumentation ein wichtiger Bestandteil der Begleitforschung. Aktuelle Analysen, die die Bildung von Unternehmensagglomerationen, Netzwerken und „innovativen Milieus“ erklären, basieren auf theoretischen Annahmen und Beobachtungen, deren Praxisrelevanz vor dem Hintergrund der spezifischen Rah-

menbedingungen städtischer Gebiete erst erprobt werden muss.

Unter welchen Rahmenbedingungen es gelingen kann, lokale Branchenschwerpunkte bzw. Wertschöpfungsketten im Sinne des „Cluster“-Konzepts zu stärken oder die Entstehung „innovativer Milieus“ zu fördern, muss an konkreten Beispielen überprüft werden. Die Modellvorhaben des ExWoSt-Forschungsfelds „Quartiers-Impulse“ dienen deshalb insbesondere auch zur Anregung von Lernprozessen über geeignete Strategien zur Förderung der lokalen Wirtschaft. Somit gilt es, mit der Erprobung konkreter Förderkonzepte auch zu erfassen und zu dokumentieren,

- ob eingangs formulierte Förderziele erreicht werden (wenn ja: ob die Zielerreichung auf die Maßnahme zurückzuführen ist; wenn nein: ob die Maßnahme ungeeignet war oder aus welchen anderen Gründen die Ziele nicht erreicht werden konnten) und
- welche Wirkungen (z.B. Ansiedlung/Gründung von Unternehmen, Schaffung/Sicherung von Arbeitsplätzen, Stärkung/Festigung eines Branchenschwerpunkts) von den durchgeführten Maßnahmen ausgehen.

Erfolgskontrolle der Regionalpolitik: ein wenig entwickelter Forschungsbereich

Obwohl Regionalpolitik bereits seit mehreren Jahrzehnten betrieben wird, ist ihre Erfolgskontrolle ein noch vergleichsweise wenig entwickeltes Wissenschaftsgebiet. Dies liegt u.a. an der mangelnden Datenverfügbarkeit und an den methodischen Schwierig-

keiten bei der Kontrolle des Erfolgs regionaler und lokaler Fördermaßnahmen. Auf Grund der raumbezogenen Zielsetzung dieser Programme liegt es nahe, ihre Effekte auf der Basis der Veränderung räumlicher Strukturindikatoren zu bewerten, wie z.B. der Arbeitslosenquote einer Stadt. Diese Indikatoren allein liefern jedoch keine unmittelbaren Erkenntnisse über die Politikwirkungen auf die raumprägenden Akteure, wie z.B. die Wohnbevölkerung, die ansässigen Unternehmen und Unternehmensgründer.

Fortschritte bei der Bestimmung von Politikeffekten konnten durch Anwendung moderner ökonometrischer Methoden, z.B. zur Evaluation von Arbeitsmarktpolitik, erzielt werden. Bei Berücksichtigung regionaler Differenzierungen sind diese Verfahren zur Evaluierung von Regionalpolitik einsetzbar. Ihre Anwendung setzt allerdings die Verfügbarkeit regionalisierbarer Individualdaten voraus, d.h. Daten, die eine Zuordnung von Einzelpersonen und Unternehmen zu Raumeinheiten (Regionen, Städten, Stadtteilen) ermöglichen.

Aus vorhandenen und für Forschungszwecke zur Verfügung stehenden Individualdaten lässt sich eine für die Analyse von Quartiers-Impulsen geeignete empirische Basis nicht aufbauen, da die Stichproben nicht groß genug sind, um eine Repräsentativität auf der kleinräumigen Ebene der Stadtteile zu gewährleisten. Deshalb gehört es zu den Aufgaben des Forschungsfelds „Quartiers-Impulse“, eine entsprechende Informationsbasis aufzubauen und zur Analyse der Programmeffekte auszuwerten.

Wirkungskontrollen werden in den Regionalwissenschaften in der Regel über Referenzverfahren durchgeführt, d.h. die Regionalentwicklung mit Förderung wird verglichen mit der eines Referenzgebiets ohne Förderung. Dieses Verfahren wird vorgenommen, da eine „echte“ kontrafaktische Situation, in der die Entwicklung des geförderten Gebiets mit seiner hypothetischen Entwicklung ohne Förderung verglichen wird, in der Regel nicht herstellbar ist.

Auch die Auswahl geeigneter Referenzgebiete und der Aufbau einer empirischen Basis zur Durchführung einer Vergleichsgruppenanalyse stellen hohe Anforderungen an das Forschungsdesign einer Evaluationsstudie, so dass diese Verfahren in Untersuchungen über kleinräumige Förderprogramme bislang kaum angewendet wurden bzw. werden konnten.

Üblicherweise gehen Wirkungsanalysen rückblickend den Effekten abgeschlossener Maßnahmen nach. Oftmals ist es aber im Nachhinein nur schwer möglich, aussagekräftige Informationen über die Umsetzung der Maßnahme bzw. über Personen und Unternehmen, auf die sich die Förderung auswirkte sowie über die Referenzgruppen, zu erfassen.

Begleitforschung als obligatorischer Bestandteil

Um aussagekräftige Informationen über den Erfolg einer Maßnahme zu gewinnen, muss deshalb bereits mit Beginn der Strategieumsetzung eine begleitende Analyse als fester Projektbestandteil implementiert werden. Aufgabe der Modellvorhaben des Forschungsfelds „Quartiers-Impulse“ wird es deshalb sein, durch enge Ko-

operation zwischen Akteuren auf lokaler Ebene und dem ExWoSt-Forschungsteam Erfolg versprechende Ansätze der quartiersbezogenen Wirtschaftsentwicklung zu erproben und Erfahrungswerte zu gewinnen über

- vorteilhafte und hemmende Rahmenbedingungen für eine (Re)aktivierung der ökonomischen Vitalität städtischer Quartiere,
- geeignete Instrumente zur Förderung der „Lokalen Ökonomie“ in städtischen Quartieren und
- die Chancen, durch gezielte Förderimpulse eine längerfristig wirksame, neue Dynamik anzuregen.

Das Projektteam „Quartiers-Impulse“ wird innerhalb der ausgewählten Modellvorhaben einerseits eine Funktion als Berater, Coach und Promoter innovativer Ansätze übernehmen, andererseits aber auch ein den Umsetzungsprozess begleitendes Monitoring durchführen, das den Akteuren vor Ort schon innerhalb der Projektlaufzeit als „Rückkoppelungsmechanismus“ dient und am Ende der zweijährigen Laufzeit Aufschluss über Projektfortschritte, erzielte Wirkungen und Verstärkungschancen gibt.

In Abstimmung mit den Akteuren vor Ort werden deshalb Erfolgskriterien in Bezug auf die Projektumsetzung (z.B. finanzielles Engagement örtlicher Unternehmen für lokale Belange) und die Wirkungen der Modellvorhaben definiert. Das Beurteilungsschema sieht insbesondere auch einen Vergleich zwischen geförderten und nicht geförderten Referenzgebieten vor, sofern eine Bestimmung von Vergleichsgebieten inner-

halb der am Forschungsfeld teilnehmenden Städte möglich ist.

Nur durch die feste Verankerung des Monitoring- und Evaluationsprozesses innerhalb eines Förderprogramms lässt sich am Ende einer Förderperiode nachweisen, was durch den Einsatz an Mitteln und Know-how wirklich erreicht wurde. Letztendlich kann das Ziel, öffentliche Fördermittel möglichst effektiv und effizient einzusetzen, nur durch einen Lernprozess erreicht werden, der in der regionalen und lokalen Wirtschaftspolitik alles andere als abgeschlossen ist. Um einen deutlichen Lernerfolg zu erzielen, werden im Forschungsfeld „Quartiers-Impulse“ innovative Förderkonzepte, die auf neuen wissenschaftlichen Kenntnissen basieren, erprobt und durch eine umfassende Begleitforschung auf ihre „Marktfähigkeit“ getestet.

Kernelemente des Projekt-Monitorings im Forschungsfeld „Quartiers-Impulse“

Starter-Gespräche, Auftaktworkshops und erste nachfolgende Gespräche vor Ort

- Zielvereinbarungen treffen,
- Projekte definieren,
- Vereinbarungen über die Berichterstattung treffen,
- Referenzgruppe zwecks Befragung bestimmen (s.u.).

Alle sechs Monate: Monitoring-Gespräche mit Vertretern der beteiligten Quartiersorganisation, Unternehmen und Banken zu den Themen

- Arbeitsschwerpunkte der einzelnen Projektvorhaben,
- erzielte Fortschritte,
- Probleme, Hemmnisse,
- anstehende Aufgaben für die kommenden Monate,
- neue Entwicklungen auf regionaler und kommunaler Ebene, die die Projektumsetzung beeinflussen und
- Überprüfung der Projektstrategie.

Alle zwölf Monate, d.h. zu Projektbeginn, zur „Projekthälfte“ und am Projektende: Abfrage wichtiger Sachdaten in innerstädtischer Gliederung für alle Teilgebiete der betroffenen Städte

- Bevölkerung: insgesamt, Ausländer, Altersjahre
- Geburten, Sterbefälle
- Zuzüge, Fortzüge
- Sozialhilfebezug
- Arbeitslosigkeit
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort
- Wenn möglich: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
- Wenn möglich: Unternehmensbestand, nach Wirtschaftszweigen
- Existenzgründungen, Insolvenzen (Unternehmens-/Privat-Insolvenzen)
- Gewerbean-, -um und -abmeldungen

Alle zwölf Monate, d.h. zur „Projekt-Hälfte“ und bei Projektabschluss: Monitoring-Erhebungsbogen an die für das Quartiersmanagement verantwortlichen Akteure zur Erfassung der

- für die Modellvorhaben verwendeten öffentlichen und privaten Mittel,
- für die Umsetzung der Modellvorhaben geleisteten Personalstunden und
- der Ergebnisse der durchgeführten Maßnahmen (z.B. Anzahl der beratenen Existenzgründer, Zahl Teilnehmer an Informations- und Netzwerkveranstaltungen).

Alle zwölf Monate, d.h. zu Projektbeginn, zur „Projekthälfte“ und am Projektende: Kurzfragebogen an Unternehmen der Fördergebiete und Referenzgebiete über die

- Entwicklung des Unternehmenserfolgs,

Impuls

Europäische Erfahrungen mit lokaler Wirtschaftsförderung in benachteiligten Stadtteilen

Christian Huttenloher

Innovation der lokalen Wirtschaftsförderung durch EU-Initiativen

Stadtverwaltungen in ganz Europa haben ein vitales Interesse an erfolgreichen Unternehmen und attraktiven Arbeitsplätzen auf ihrem gesamten Territorium. Deshalb ergreifen sie in Problemvierteln mit geringer Wirtschaftstätigkeit, Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung immer mehr selbst die Initiative zur Wirtschaftsförderung und Beschäftigungsförderung. Und dies obwohl oder gerade weil traditionelle Politiken meist auf nationaler oder regionaler Ebene verankert sind. Städtische Behörden können für diese „schwierigen“ Stadträume aufgrund ihrer lokalen Kompetenz oft passgenauere Maßnahmen entwickeln. Dabei nutzen die Städte gezielt bestehende Förderpolitiken auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene und versuchen, diese an ihre spezifischen Bedarfslagen anzupassen.

Seit Anfang der 90er Jahre bietet die EU-Regionalpolitik mit der Gemeinschaftsinitiative URBAN den Städten ein Experimentierfeld für neue Ansätze der Stadtentwicklung und der lokalen Wirtschaftsförderung. Die dort erprobten Konzepte verbinden klassische Wirtschaftsförderung – angepasst an die spezifische Klientel der benachteiligten Stadtteile – mit sozialökonomischen Initiativen, die gerade in den städtischen Problemgebieten eine besondere Belebungs-funktion übernehmen.

Ein wesentliches Merkmal der EU-Initiativen ist die Entwicklung neuer, innovativer Handlungsansätze, weshalb der Erfahrungsaustausch und die weitere Nutzbarmachung der Ergebnisse einen wichtigen Stellen-

wert besitzen. Dies erfolgt durch nationale Zusammenschlüsse der URBAN-Akteure, wie z.B. das Deutsch-Österreichische URBAN-Netzwerk, sowie mit Hilfe des EU-Programms URBACT, das Städtenetzwerke, Arbeitsgruppen, Studien und Trainingsmaßnahmen zur integrierten Stadtentwicklung fördert. Die folgenden Ausführungen basieren auf den Arbeiten dieser Initiativen.

Unterstützungsinstrumente für Klein- und Kleinstunternehmen

Im Hinblick auf Unterstützungsinstrumente für die lokale Wirtschaft kann man zwischen finanzieller und nicht-finanzieller Förderung unterscheiden. Hauptanliegen finanzieller Förderung ist, Unternehmen für neue Projekte die erforderliche Finanzierung zur Verfügung zu stellen. Für die in den URBAN-Gebieten vorwiegend agierenden Klein- und Kleinstbetriebe stellt der Zugang zu Finanzmitteln eine besondere Schwierigkeit dar. Ihr Eigenkapital ist gering, für Kredite fehlen notwendige Sicherheiten, die Bearbeitungskosten der Banken sind im Vergleich zu den benötigten geringen Kreditvolumen zu hoch.

Da klassische KMU-Förderprogramme die für einen lokalen Markt tätigen Unternehmen häufig ausschließen, haben mehrere deutsche URBAN-Programme spezielle Beihilfen aufgelegt, die Existenzgründungen sowie Investitionen zur Erweiterung, Verlagerung oder Modernisierung fördern. In Leipzig konnten mit Zuschüssen von 2,8 Millionen Euro bislang 500 Arbeitsplätze neu geschaffen und etwa 460 gesichert werden. Die Zuschüsse werden als Teil eines umfangreichen Finanzpaketes einge-

setzt und ermöglichen den geförderten Unternehmen den Zugang zu Krediten.

Wegen knapper eigener Haushaltsmittel und zurückgehender EU-Förderung denken Städte mittlerweile zudem über andere Fördermöglichkeiten als Zuschüsse nach. Eine Möglichkeit bieten Garantiefonds, die lokalen Unternehmen den Zugang zu Krediten erleichtern. Da rein städtische Garantiefonds jedoch ein zu geringes Volumen und damit zu hohes Risiko aufweisen, ist eine Beteiligung der Stadt an regionalen Garantiefonds anzuraten. Die städtische Beteiligung sollte daran geknüpft werden, dass mehr Garantien an die Zielgruppe in den Stadterneuerungsgebieten vergeben werden.

Darüber hinaus legen zahlreiche europäische Städte gemeinsam mit lokalen, regionalen oder nationalen Institutionen öffentliche Mikrokreditprogramme auf oder regen private Finanzinstitute zu Mikrokrediten an. Die Stadt Gijon hat beispielsweise ein Abkommen mit mehreren Finanzinstitutionen zur Einrichtung eines Mikrokreditprogramms geschlossen. Großbritannien kennt gemeinnützige „Charity Funds“ zur Finanzierung wirtschaftlicher Projekte benachteiligter Gruppen, die durch eine Mischung öffentlicher und privater (steuerbefreiter) Kapitalisierung und zum Teil sehr hoher Zinsen wirtschaftlich arbeiten.

Ein weiterer Weg zur Verbesserung des Zugangs zu Finanzierung ist die gezielte Beratung und Betreuung bei der Vorbereitung der Kreditanträge, um Bearbeitungskosten niedrig zu halten. Auch weitere nicht-finanzielle Unterstützungsinstrumente stellen



*CPEM Loan Committee:
Vergabe von Mikrokrediten
in Marseille*



*Computerschulung
in Bremerhaven*



*KMU-Beihilfen Leipzig –
gefördertes Unternehmen*

eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg unternehmerischer Initiativen in benachteiligten Stadtteilen dar. Diese sind jedoch für die Vielzahl und Unterschiedlichkeit der Klein- und Kleinstunternehmen in den entsprechenden Stadtteilen weit aufwendiger und schwieriger zu organisieren als für wenige große Unternehmen. Deshalb sind hier umfangreiche Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die direkte Vor-Ort-Ansprache durch dezentrale Anlaufstellen wichtig. Denn häufig sind Unternehmer skeptisch und zurückhaltend gegenüber öffentlichen Behörden, kennen Unterstützungsangebote nicht oder sehen keinen Bedarf.

Auch wenn Angebote maßgeschneidert sein sollten, kann man folgende grundlegenden Kategorien der KMU-Unterstützung unterscheiden:

- Erstinformation über verschiedene Aspekte wirtschaftlicher Aktivitäten: z.B. Steuerbestimmungen, Zugang zu Finanzmitteln, Orientierung über Erfolgsaussichten der Geschäftsidee;
- Unternehmerische Schulung / Qualifizierung: u.a. in Management, Buchhaltung, Marketing und Werbung, IuK-Anwendungen;
- Coaching / Mentoring: individuelle Betreuung eines Unternehmers durch einen Mentor (z.B. erfahrene Unternehmer im Ruhestand);
- Unterstützung durch Netzwerke: Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen aufbauen, Austausch, gemeinsame Werbung;
- Unterstützung von Unternehmensgründungen.

Für sämtliche Instrumente spielt die enge, vertrauensvolle Partnerschaft städtischer Behörden mit spezialisierten Einrichtungen, z.B. Finanzinstituten, Kammern, Gewerbevereinen, eine wesentliche Rolle. Denn Maßnahmen allein in städtischer Regie sind aufgrund fehlender Erfahrungen und Kenntnisse wenig Erfolg versprechend. Städte sollen sich vielmehr auf die Anregung und Koordinierung von Netzwerken und Kooperationen zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistern konzentrieren.

Förderung der lokalen Beschäftigung

Eine zweite Säule lokalökonomischer Ansätze ist die lokale Beschäftigungsförderung und berufliche Eingliederung. Denn erst die Teilhabe benachteiligter Bevölkerungsgruppen an der Arbeitswelt kann die sozioökonomischen Problemlagen der Stadtteile lösen. Neben „klassischen“ Instrumenten der Beschäftigungsförderung – Beratung, Qualifizierung und Vermittlung – experimentieren Städte mit Hilfe von EU-Projekten mit neuen, besser auf die lokale Arbeitsmarktsituation und die Bedürfnisse der Bewohner angepassten Ansätzen. Dabei versucht die integrierte Stadtentwicklung, personenorientierte Förderung der nationalen oder regionalen Arbeitsmarktpolitik mit gebietsbezogener Unterstützung der Stadterneuerung zu verbinden.

Ein den normalen Beschäftigungsmaßnahmen vorgeschalteter Aktionsbereich ist das erneute Heranführen von Problemgruppen, wie Schulabrechern, Drogenabhängigen, Langzeitarbeitslosen, an die Arbeitswelt. Dazu gehören Maßnahmen zur

Aktivierung und Motivation, zur Förderung grundlegender sozialer und beruflicher Verhaltensregeln sowie zur Stärkung des Selbstwertgefühls. Auch die frühzeitige Information, Orientierung und Motivation von Schülern und Jugendlichen gehören dazu.

Ein weiterer interessanter Ansatz zur beruflichen Eingliederung ist die gezielte Koordinierung und Verbindung lokaler Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen mit dem Arbeitskräftebedarf der Unternehmen. Insbesondere aus Großbritannien ist das Modell der „Job Hubs“ bekannt, welche in enger Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen die für die Wirtschaft erforderlichen Qualifikationen identifizieren, entsprechende Trainings- und Beschäftigungsprogramme entwickeln, um die geschulten Personen anschließend an die Unternehmen zu vermitteln. Im Zuge der Errichtung des innerstädtischen Einkaufszentrums „Bullring“ konnte die Stadt Birmingham durch diesen Ansatz erreichen, dass mehr als 2.500 Personen aus benachteiligten Stadtteilen einen Arbeitsplatz fanden.

Ähnliche Konzepte verfolgen intermediäre öffentliche oder private Arbeitsmarktinstitutionen, die arbeitslose Personen beschäftigen, qualifizieren, an den Arbeitsmarkt heranzuführen und in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln bzw. an eine selbstständige Beschäftigung heranzuführen. Generell stellen diese Organisationen mittlerweile einen wichtigen Wirtschaftsfaktor für die Stadtteile dar und generieren neue Arbeitsplätze sowie selbstständige Wirtschaftstätigkeit.



Gijón: KMU-Treffen im Kongress-Zentrum der Stadt Gijón



Startup Center Graz West

Wirtschaftliche Potenziale benachteiligter Stadtteile nutzen

Neben passenden Unterstützungsinstrumenten trägt auch die bestmögliche Nutzung aller sich ergebenden wirtschaftlichen Betätigungsfelder wesentlich zur Belebung der Stadtteilökonomie bei. Diese scheinen auf den ersten Blick in städtischen Problemvierteln eher begrenzt zu sein. Dennoch können vor allem städtische Behörden dazu beitragen, dass bislang ungenutzte Marktpotenziale der Stadtteile von Existenzgründern oder bestehenden Unternehmen besser genutzt werden. Häufig sind städtische Behörden selbst die größten Arbeit- bzw. Auftraggeber und können durch den intelligenten und gezielten Einsatz dieser Position dafür sorgen, dass die Stadtteilökonomie davon profitiert. Aktionsbereiche sind in erster Linie die öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Dienstleistungen, Bildungs- und Kulturangebote, Städtebau- und Infrastrukturprojekte, Nutzung des Kulturerbes.

Bei der Vergabe von großen Stadterneuerungs- und Infrastrukturprojekten können spezifische Beschäftigungsklauseln zur Integration von lokalen Arbeitslosen angewendet werden. So hat die Stadt Turin alle Vergabeverfahren überprüft und angepasst, um eine Klausel für permanente berufliche Integration einzuführen. Alternativ können städtische Behörden versuchen, öffentliche Aufträge vermehrt durch lokale Firmen ausführen zu lassen, was jedoch aufgrund komplexer EU-Vergaberegulungen erschwert wird. Dennoch können Städte ihre lokalen Betriebe dazu anregen, sich um öffentliche Aufträge zu bewerben oder aber größere, externe

Unternehmen vertraglich verpflichten, städtische Unternehmen als Sub-Unternehmer einzubeziehen.

Ein weiterer großer Bereich öffentlicher Märkte sind soziale und kulturelle Dienstleistungen. Insbesondere die soziale Ökonomie kann erhebliche Wirtschafts- und Beschäftigungspotenziale bieten, wenn die Dienste etwa durch innovative öffentlich-private Partnerschaften erbracht werden. Dies gilt auch für Maßnahmen zur Aufwertung, Pflege und Sicherheit öffentlicher Räume, Straßen und innerstädtischer Grünflächen. Die Stadt Heerlen hat z.B. mit dem Projekt „Operation Heartbeat“ ein gemeinnütziges Unternehmen für öffentliche Arbeiten und Pflege von Plätzen initiiert, das verschiedene benachteiligte Zielgruppen beschäftigt.

An der Schnittstelle zwischen öffentlichen Märkten und Privatwirtschaft befinden sich zahlreiche wirtschaftliche Potenziale im Bereich Baukultur, kulturelle und kreative Aktivitäten, Freizeit und Tourismus. Hier hat die italienische Stadt Synarcuse mit seinem URBAN-Programm umfangreiche Maßnahmen zur städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Revitalisierung der historischen Ortigia-Insel gestartet, die wieder zum attraktiven Touristenziel wurde.

Fazit: Integrierter Ansatz

Für alle genannten Aktionsbereiche gilt: Erst die intelligente Kombination von Instrumenten und Aktionsfeldern in ein integriertes Revitalisierungskonzept kann Wirkung zeigen. Zur ganzheitlichen und partnerschaftlichen Steuerung der Revitalisierung setzen Städte spezielle Steuerungsinstrumente, wie Stadtteilmarketing

oder -management bzw. Business Improvement Districts ein.

Ein aktuell diskutierter Ansatz ist die gezielte Ausrichtung und Bündelung sämtlicher städtischen öffentlichen Dienstleistungen unter der Zielsetzung, größtmögliche Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung der Problemstadtteile zu erreichen.

Zentral ist die Anpassung der Maßnahmenpakete an die lokale Situation. Denn die Stadtteile befinden sich in unterschiedlichen sozio-ökonomischen, politischen und rechtlichen Kontexten, die keine einheitliche Vorgehensweise ermöglichen. Gebiete in einem weiteren strukturschwachen Umfeld benötigen zum Teil völlig andere Konzepte als Problemstadtteile in dynamischen Stadtregionen. Auch der spezifische nationale Rechtsrahmen erschwert die einfache Übertragung von Ansätzen. Die Erfahrungen mit den EU-geförderten Programmen zur integrierten Stadtentwicklung haben aber gezeigt, dass auf städtischer Ebene ein erhebliches Innovationspotenzial freigesetzt werden kann. Deshalb stellen sich die Städte beim aktuellen Übergang zur nächsten Förderperiode die Frage, wie die erfolgreich erprobten Ansätze nun verstetigt und in die Regelförderung überführt werden können. Denn die Gemeinschaftsinitiative URBAN wird ab 2007 als eigenständiges Förderinstrument auslaufen, soll aber nach Willen der Kommission vollständig in die neuen Strukturfondsprogramme der Bundesländer überführt werden. Allerdings hat die Vergangenheit gezeigt, dass dies nicht einfach zu bewerkstelligen ist

Einzelheiten: www.urbact.eu
www.urban-netzwerk.de

Ex Libris

Aktuelle Literatur zum Thema

- Aehnelt, R. (2005), Zwischenevaluierung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ – zentrale Ergebnisse. *Informationen zur Raumentwicklung* 2005 (2/3): 63–73.
- BBR (Hrsg.) (2006), Neue Wege zur Stärkung der lokalen Wirtschaft. Werkstatt: Praxis 45. Bonn.
- Bertsch, F. und M.-B. Piorkowsky (2005), Impulse für die neue Politik der sozialen Stadt. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2005 (3): 32–38.
- Camagni, R. (1995), Global network and local milieu: towards a theory of economic space. In S. Conti (ed.), *The industrial enterprise and its environment: spatial perspectives*. Aldershot: Avebury, 195–214.
- Evers, J. (2004), Moderne Mittelstandsfinanzierung – Leitlinien einer verbesserten Public Private Partnership. In L. Schuster und A.W. Widmer (Hrsg.), *Wege aus der Banken- und Börsenkrise*. Berlin und Heidelberg, 161–175.
- Fraaz, K. (2001), Die Bedeutung der Städtebauförderung für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. *Informationen zur Raumentwicklung* 2001 (9/10): 547–564.
- Habschick, M. (2004), Microlending – Chance für Kleinunternehmen? In J. Lange (Hrsg.), *Klein aber fein – trotzdem pleite?* Finanzierung und Beratung von Kleinunternehmen (Tagungsdokumentation). Rehbürg-Loccum, 253–259.
- Habschick, M./ Evers, J./ Jung, M. (2004): Finanzierung im Kleinen. Praxishandbuch zur Entwicklung innovativer Mittelstandsförderinstrumente. Norderstedt.
- Habschick, M. und J. Evers (2006), Vorwissen macht Beratung einfacher. *Bankmagazin* 2006 (2): 30–31.
- Häußermann, H. (2005), Das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. *Informationen zur Raumentwicklung* 2005 (2/3): 75–85.
- Hayen, D., M. Sauer et al. (2006), *Migranten und Finanzdienstleistungen*. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Berlin.
- Jakubowski, P. (2005), Business Improvement Districts – Neue Medizin für kränkelnde Zentren? *BundesBauBlatt* 2005 (7/8): 12–16.
- Jakubowski, P. (2006), Stadtteil-Banking. *BundesBauBlatt* 2005 (4): 22–24.
- Jakubowski, P. (2006), Urban Governance – Bunte Vielfalt und fünf Faustregeln für die Praxis. *vhw Forum Wohneigentum* 2006 (1): 96–100.
- Jung, M. (2004), (Finanzierungs-)Probleme von Kleinunternehmen. Beispiele aus der Beratungspraxis. In J. Lange (Hrsg.), *Klein aber fein – trotzdem pleite?* Finanzierung und Beratung von Kleinunternehmen (Tagungsdokumentation). Rehbürg-Loccum, 53–56.
- Krätke, S. (1995), Stadt, Räume, Ökonomie – Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie. *Stadt-forschung aktuell* 53. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser.
- Krugman, P. (1991), *Geography and Trade*. Cambridge, MA, and London: MIT-Press.
- Läpple, D. (2000), Städte im Spannungsfeld zwischen globaler und lokaler Entwicklungsdynamik. In ILS Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung NRW (Hrsg.), *Lokale sozio-ökonomische Strategien in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf*. Dortmund, 19–31.
- Neumann, U. (2005), Ökonomisch-demographische Segregationsmechanismen. Aktuelle Befunde aus der Rhein-Ruhr-Region. RWI : Materialien 18. RWI, Essen.
- Neumann, U., Ch.M. Schmidt und L. Trettin (2006), Fallstudie Förderung der Lokalen Ökonomie. Forschungsvorhaben im Auftrag des Städteneztes Soziale Stadt NRW. RWI : Schriften. Berlin: Duncker & Humblot, erscheint demnächst.
- Palazuelos, M. (2005), Clusters: Myth or realistic ambition for policy-makers? *Local Economy* 20 (2): 131–140.
- Porter, M.E. (2003), The economic performance of regions. *Regional Studies* 37 (6/7): 549–578.
- Reifner, U. (1997), Social Banking – Ansätze und Erfahrungen über die Integration sozialer Zielsetzungen in privatwirtschaftliche Finanzdienstleistungen. In L. Schuster (Hrsg.), *Die gesellschaftliche Verantwortung von Banken*. Berlin.

Begleitforschung

Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung, Bonn
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Dr. Peter Jakobowski
Tel.: (0228) 99 401 2243
Fax.: (0228) 99 401 2315
peter.jakubowski@bbr.bund.de
www.bbr.bund.de

Das Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung ist eine Bundesober-
behörde im Geschäftsbereich des
Bundesministeriums für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung (BMVBS)

Forschungsassistenz

RWI Essen
Hohenzollernstraße 1–3
45128 Essen

Dr. Uwe Neumann
Tel.: (0201) 8149-212
Fax.: (0201) 8149 200
uwe.neumann@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

in Kooperation mit

STATTwerke Consult
Gesellschaft für
Unternehmensberatung
und Projektentwicklung mbH
Merseburger Str. 3
10823 Berlin (Schöneberg)

Helmut Geißler
Tel.: (030) 7899 1137
Fax.: (030) 7871 5390
info@stattwerke.de
www.stattwerke-consult.de

Deutsches Mikrofinanz Institut e.V.
Parchimer Allee 89a
12359 Berlin

Brigitte Maas
Tel.: (030) 6944788
brigitte.maas@mikrofinanz.net
www.mikrofinanz.net

**Herausgeber, Herstellung,
Selbstverlag und Vertrieb**
Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung, Bonn

Schriftleitung

Prof. Dr. Wendelin Strubelt
Dr. Hans-Peter Gatzweiler
Dr. Robert Kaltenbrunner

Bearbeitung

Dr. Peter Jakobowski, BBR
Dr. Uwe Neumann, RWI Essen
Helmut Geißler, STATTwerke Consult
Brigitte Maas, DMI
Andrea Gärtner, BA Pankow, Berlin
Hubert Nagusch, Wirtschafts-
förderung Dortmund
Dr. Matthias Schulze-Böing, Stadt
Offenbach
Dr. Bernd Curtius, Exzept GmbH
Christian Huttenloher, DV

Gestaltung und Satz

RWI Essen

Druck

Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung, Bonn

Bildnachweis

Dr. Peter Jakobowski, BBR
Hubert Nagusch, Dortmund
Christian Huttenloher, DV
Björn Schneider, Berlin
Stefanie Gronau, Berlin

Zitierweise

Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung (Hrsg.),
ExWoSt-Information „Quartiers-
Impulse“, 31/1 – 09/2006

Nachdruck nur mit genauer Quellen-
angabe gestattet. Es wird um Zu-
sendung von zwei Belegexemplaren
gebeten.

Alle Rechte vorbehalten

© BBR Bonn 2006